

Niederschrift



Gremium: **Bürgermeisterdienstbesprechung**
Sitzungsdatum: **Mittwoch, den 20.05.2009**
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Großer Sitzungssaal 184, 1. Stock**
Beginn: 09:07 Uhr Ende: 11:46 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

3. Breitbandversorgung im Landkreis Augsburg
Referent: Ulrich Gerhardt, Beauftragter für Wirtschaft und Tourismus im Landratsamt
4. Familienpflege für nachhaltige Familienpolitik
Referentin: Maria Tyroller, Vorsitzende des Familienpflegewerkes
des Bayer. Landesverbandes des Kath. Deutschen Frauenbundes e. V.
5. Seuchenschutz;
Aktuelle Informationen aus dem Staatlichen Gesundheitsamt
Referent: Dr. Helmut Hübsch, Leiter des Staatlichen Gesundheitsamtes
6. Verschiedenes
7. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung

Vor Eintritt in die öffentliche Sitzung gedenken die Anwesenden des verstorbenen Altbürgermeisters des Marktes Biberbach, Herrn Josef Grünwald. Er war Mitglied des Gemeinderats Affaltern von 1960 – 1966, 1. Bgm. von Affaltern von 1966 – 1978 und von 1978 – 1984 Gemeinderat in der Marktgemeinde Biberbach.

Im Anschluss daran spricht **Stellvertreter des Landrats Strehle** folgenden Personen seine Glückwünsche aus:

Am 19. Februar feierte Bgm. Dr. Max Stumböck aus Ustersbach seinen 50. Geburtstag. Am 16. März feierte Bgm. a. D. Josef Fischer aus Fischach seinen 60. Geburtstag. Altbürgermeister Michael Hörmann aus Neukirchen konnte am 9. April seinen 75. Geburtstag begehen. Herr Johann Merk, Altbürgermeister der Gemeinde Wehringen, feierte am 17. April ebenfalls seinen 75. Geburtstag. Am 22. April konnte Bgm. a. D. Alois Meitingner aus Kleinaitingen seinen 85. Geburtstag feiern.

TOP 3	Breitbandversorgung im Landkreis Augsburg Referent: Ulrich Gerhardt, Beauftragter für Wirtschaft und Tourismus im Landratsamt
--------------	--

Herr Gerhardt gibt den anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern einen Sachstandsbericht zur Breitbandversorgung im Landkreis Augsburg und erklärt, er hoffe in der heutigen Sitzung auf eine Handlungsempfehlung zur weiteren Vorgehensweise.

Zu den Ausführungen von Herrn Gerhardt wird auf die Unterlagen verwiesen, die der Niederschrift beigelegt sind.

Stellvertreter des Landrats Strehle bedankt sich für diese wichtige Information und die Wiedergabe des aktuellen Sachstandes. Er erinnert daran, dass das ursprüngliche Förderprogramm 19 Mio. € betragen habe. Dieser Betrag wurde im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II verdoppelt, die Höchstförderung wurde von 50.000 € auf 100.000 € erhöht. Auch beim Verfahren sei eine Vereinfachung angedacht. Dennoch sei der Sachstand derzeit nicht befriedigend, da zunächst noch die Notifizierung durch die Europäische Kommission abgewartet werden müsse. Im Rahmen einer unlängst stattgefundenen Tagung in Deggen-dorf habe das Ministerium berichtet, dass es nur noch wenige Tage dauern könne, bis die EU der Vorgehensweise zustimmen werde.

Andererseits gebe es aber auch Probleme, weil immer wieder Wert darauf gelegt werde, dass das wirtschaftlich günstigste Angebot akzeptiert werden müsse. Dies seien Funkverbindungen, die aber kaum jemand wolle. Inzwischen streiten sich darüber sogar die Experten. Die Glasfasertechnologie sei auf jeden Fall ausbaufähig, während eine Funklösung schneller realisierbar wäre. Andere wiederum verweisen darauf, dass das Ganze im Jahr 2015 passe sei und dann über Satellit alles, und zwar ein ganz anderen Dimensionen, abgedeckt werden könnte.

Regierungspräsident Scheufele sei von der Staatsregierung beauftragt worden, dies sei nun voranzubringen. Es stehe zwar Geld für Lösungen zur Verfügung, das jedoch nicht unter die Leute gebracht werden könne, da die meisten Gemeinden Zurückhaltung üben und die Preisentwicklung abwarten wollen. Die Telekom gebe zudem momentan gar keine Angebote mehr ab.

Stellvertreter des Landrats Strehle übt daher Kritik an dieser Art der Finanzierung über ein Sonderprogramm und die erforderliche Abstimmung mit der EU. Vielmehr sollte der weitere Ausbau der Breitbandversorgung als Infrastrukturmaßnahme über FAG oder GVFG gefördert werden, wie dies auch zum Beispiel bei der Wasserversorgung oder bei Kanalbaumaßnahmen der Fall sei.

Von Herrn Gerhardt wurde heute die Frage der Machbarkeit dargestellt. Bevor jede Gemeinde selbst tätig werde, sollte der Landkreis flächendeckend für alle aktiv werden und versuchen, eine entsprechende Förderung zu bekommen. In diesem Fall müssten jedoch die Gemeinden ihre Ansprüche abtreten.

Bgm. B. Müller, Stadt Bobingen, betont, dass die Theorie treffend dargestellt worden sei, auch die Fördertheorie. Der Ministerpräsident selbst hätte dieses Thema gern als Daseinsvorsorge über FAG geregelt. Das Grundproblem werde man mit dieser Diskussion aber auch nicht lösen. So erhalten die Gemeinden kaum Auskunft darüber, welche leitungsgebundenen Maßnahmen in ihren Gemeindebereich überhaupt schon vorhanden seien. Bgm. Müller bezeichnet diese Strategie der Telekom als unseriös. Mit ihrer Vorgehensweise versuche die Telekom, eine Sonderregelung bei der EU-Kommission zu erreichen. Erst wenn sich die Bundesregierung hierfür stark mache, sei die Telekom bereit, entsprechend zu investieren. Bgm. Müller informiert noch über einige andere Erfahrungen in dieser Angelegenheit und betont, es wäre deshalb zwingend notwendig, dass die Gemeinden im Schulterschluss mit dem Landkreis tätig werden. Letztendlich sei dies auch eine Frage der Entwicklung des Wohn-, Industrie- und Gewerbestandorts Landkreis Augsburg, weshalb überall möglichst moderne Lebensverhältnisse vorgehalten werden müssten.

Auch **Bgm'in Kugelmann**, Gemeinde Kutzenhausen, spricht sich dafür aus, sich gemeinsam auf den Weg zu machen. Sie ist aber auch der Meinung, dass eine landkreisweite Machbarkeitsstudie schon längst hätte in Auftrag gegeben werden müssen. In vielen Gemeinden sei bereits sehr viel Energie in diese Sache gesteckt worden, und zwar schon über eine sehr lange Zeit hinweg. Man hätte schon eher darauf kommen können, über den Landkreis herauszufinden, in welchen Bereichen bereits kabelgebundene Leitungen vorhanden seien. Dem Ganzen setze die Krone auf, dass die Telekom den Kommunen, die bereits Verträge abgeschlossen haben, mitgeteilt habe, dass diese nicht mehr gültig seien.

Bgm. M. Müller, Gemeinde Emersacker, informiert darüber, dass die Gemeinden im Holzwinkel eine Interessengemeinschaft gegründet und bereits eine Studie in Auftrag gegeben haben. Er möchte wissen, wie sich diese Gemeinden nun gegenüber dem Landkreis verhalten sollen, wenn dieser eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gebe. Außerdem berichtet er, dass in seiner Gemeinde durch Zufall bei Bauarbeiten eine Glasfaserverkabelung aufgetaucht sei, die Gemeinde Emersacker jedoch bei ihren Anfragen von der Telekom mit Kosten in Höhe von 100.000 € konfrontiert worden sei. Deshalb sei eine Offenbarung nötig, welche Leitungen im Landkreis bereits zur Verfügung stehen.

Bgm. Völk, Markt Diedorf, berichtet von ähnlichen Erfahrungen in seiner Gemeinde. Hier seien 2 Highspeed-Leitungen entlang der Bahnlinie vorhanden, die ganz Deutschland verbinden. Dem Markt Diedorf werde aber ein Anschluss verweigert, da es sich hierbei um ein Betriebsgeheimnis der Telekom handle. Aus diesem Grund sei beabsichtigt gewesen, eine eigene Firma zu gründen. Dies sei jedoch nach dem Bayer. Kommunalrecht nicht möglich. Inzwischen habe man sich entschieden, Glasfaserkabel zu verlegen, damit die Betriebe nicht abwandern. Sollte die EU dem zustimmen, werde noch in diesem Jahr mit der Verlegung begonnen. Das dem Markt Diedorf unterbreitete Angebot laufe in wenigen Tagen aus. Wenn bis dahin keine Entscheidung seitens der EU gefallen sei, könne mit den Verhandlungen aufs Neue begonnen werden.

Von **Bgm. Böck**, Gemeinde Langenneufnach, wird dargelegt, dass eine Beteiligung seiner Gemeinde an einer solchen Untersuchung allerdings nur dann infrage komme, wenn die Gemeinde letztendlich hiervon auch profitiere, es also klar sei, um wie viel MB es dabei gehe.

Bgm. Lettinger, Markt Zusmarshausen, informiert über die Situation in seiner Gemeinde und macht deutlich, dass der Druck aus der Bevölkerung immer massiver werde. Im Anschluss daran äußert sich **Bgm. Hörmann**, Gemeinde Gablingen, der seine Gemeinde relativ gut versorgt sieht, aber eine landkreisweite Lösung trotzdem sehr begrüßen würde. Er gibt allerdings zu bedenken, dass bereits viele Gemeinden vor einer Vertragsunterzeichnung stehen. **Bgm. Walter**, Gemeinde Altenmünster, macht deutlich, dass es nicht angehen könne, Glasfaserkabel mit Hilfe öffentlicher Fördermittel zu verlegen und gar nicht zu wissen, wo sich bereits Glasfaserkabel im Boden befinden. Dies wird von **Stellvertreter des Landrats Strehle** als der Skandal an sich bezeichnet. Deshalb müsse jetzt entsprechend reagiert werden. **Bgm. L. Müller**, Stadt Schwabmünchen, legt dar, die Stadt Schwabmünchen befinde sich wie der Markt Diedorf kurz vor Vertragsabschluss. Er hofft deshalb auf eine baldmögliche Entscheidung der EU.

Daraufhin äußert **Bgm. Gilg**, Gemeinde Langweid, dass es für die Gemeinden zu spät sei, wenn die Machbarkeitsstudie auf die jetzige Förderrichtlinie abstelle (1 bis 3 MB). In seiner Gemeinde sei die Situation ähnlich wie in Zusmarshausen. Es müsse jetzt eine Entscheidung getroffen werden. Eine Machbarkeitsstudie machen nur dann Sinn, wenn man sich über die Zukunft unterhalte und nicht über eine Lösung für die Gegenwart.

Stellvertreter des Landrats Strehle appelliert an die Anwesenden, noch ein paar Tage bis zur Entscheidung der EU zu warten. Anschließend sollte man alsbald gemeinsam zu Lösungen kommen.

Von **Herrn Gerhardt** wird ausgeführt, dass die Gemeinden, die bereits aktiv geworden seien, vom Landkreis in keinster Art und Weise beeinträchtigt werden sollen. Diese sollen in Absprache mit der Regierung von Schwaben ihren Weg weiter gehen. Die restlichen Gemeinden sollten allerdings bei der Machbarkeitsstudie dabei sein. An Bgm. Böck gerichtet erklärt Herr Gerhardt, dass die landkreisweite Situation auch für die Gemeinde Langenneufnach von Interesse sein könnte, weshalb er vorschläge, dass die Gemeinde ihr Gebiet trotzdem mit erfassen lasse.

Es gebe hierfür 2 Schritte. Der erste Schritt sei die Erstellung eines Infrastrukturkatasters sowie einer Machbarkeitsstudie. Dies bedeute nicht, dass diese Studie nur eine Leistung von 1 MB umfasse. Vielmehr solle die Machbarkeitsstudie Ergebnisse darüber liefern, welche Möglichkeiten für den Ausbau tatsächlich zur Verfügung stehen. In dieses Kataster sollen auch bereits verlegte Leerrohre enthalten sein. Gemeinsam mit den Gemeinden wolle man ein so genanntes "Leerrohr-Konzept" erstellen. Die zu verlegenden Leitungen sollen außerdem über möglichst kurze Strecken verlegt werden, um die Kosten entsprechend niedrig zu halten. Im zweiten Schritt entscheiden dann die Gemeinden über die Art des Ausbaus.

Eine Funklösung erachtet Herr Gerhardt langfristig nur in Gebieten für sinnvoll, in denen lediglich 2 oder 3 Häuser stehen. Für größere Orte mit Unternehmen und Betrieben, die riesige Daten versenden müssen, sei eine Funklösung auf jeden Fall unzureichend. Aktuell sei deshalb die einzig vernünftige Lösung, auf Glasfaser zu setzen. Diesbezüglich befinde man sich in enger Absprache mit der Regierung von Schwaben, die auch ganz klar zum Ausdruck gebracht habe, dass von den Gemeinden nicht das billigste Angebot gewählt werden müsse, sondern das wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag erhalten könne.

Abschließend richtet Herr Gerhardt den Appell an all diejenigen, die noch nicht selbst aktiv geworden sind, dem Landkreis ein Votum zu geben, damit dieser aktiv werden könne. **Stellvertreter des Landrats Strehle** bittet Herrn Gerhardt, die Situation in einem Rundschreiben an die Gemeinden nochmals darzustellen und um relativ kurzfristige Rückmeldung zu bitten.

TOP 4 Familienpflege für nachhaltige Familienpolitik
**Referentin: Maria Tyroller, Vorsitzende des Familienpflegewerkes
des Bayer. Landesverbandes
des Kath. Deutschen Frauenbundes e. V.**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt **Stellvertreter des Landrats Strehle** die Vorsitzende des Familienpflegewerkes, Frau Maria Tyroller, die Geschäftsführerin, Frau Elisabeth Kumi, sowie die Einsatzleiterin vor Ort, Frau Brigitte Hansbauer.

Zu den Ausführungen von Frau Tyroller und ihren Mitarbeiterinnen wird auf die beigelegte Präsentation verwiesen.

Stellvertreter des Landrats Strehle dankt für die umfangreichen Informationen und stellt fest, dass es sich hierbei um eine wichtige Aufgabe handle, zumal es immer häufiger vorkomme, dass bei einem Ausfall von Vater oder Mutter in der Familie eine anderweitige Unterstützung notwendig sei.

Auf Nachfrage von **Bgm. Böck**, Gemeinde Langenneufnach, teilt Frau Tyroller mit, dass sich die Situation für Familien zurzeit verschärfe, nachdem eine Rechtsgrundlage nur noch dann bestehe, wenn zum Beispiel die Mutter in der Klinik liege. Sobald die Mutter nach Hause komme, werden die Leistungen seitens der Krankenkassen gekürzt. In solchen Fällen werde dann versucht, mit Spenden zu helfen. Dies sei aber nur in einem gewissen Umfang möglich. Frau Tyroller bittet deshalb die Anwesenden um Solidarität in ihren Gemeinden und somit um entsprechende Unterstützung des Familienpflegewerks. Es könnte beispielsweise pro Einsatzstunde ein Zuschuss gewährt oder pro Einwohner ein gewisser Beitrag geleistet werden, so dass sich die Belastung auf alle Kommunen gleichmäßig verteilen würde.

Bgm. Fröhlich, Stadt Königsbrunn, möchte wissen, in welcher Form die Betroffenen auf das Familienpflegewerk zukommen können. Hierzu informiert **Frau Tyroller** über die Öffentlichkeitsarbeit des Familienpflegewerks in Form von Vorstellungen bei Ärzten und Krankenkassen sowie auf den Internetauftritt. Darüber hinaus werden Flyer ausgelegt und die Notrufnummer des Familienpflegewerks regelmäßig in der Zeitung abgedruckt. **Bgm. Fröhlich** meint, dass niemand auf die Idee kommen werde, wegen der Finanzierung auf den Landkreis zuzukommen. Zur Verdeutlichung stellt **Frau Hansbauer** ein Beispiel aus der Praxis dar. Laut den Einsatzplänen der letzten Monate sei das Familienpflegewerk hauptsächlich mit psychisch kranken Frauen konfrontiert gewesen, die zuhause eine Therapie erhalten oder stationär untergebracht seien. Dies stelle eine enorme Belastung für Väter und Kinder dar. Die Familie müsse dann von den Mitarbeiterinnen des Pflegewerks so betreut und die Kinder so begleitet werden, dass sie nicht abgleiten. Oftmals verschlechtern sich auch die schulischen Leistungen. Irgendwann reichen die familiären, nachbarschaftlichen und verwandtschaftlichen Hilfen einfach nicht mehr aus.

Auf Nachfrage von **Stellvertreter des Landrats Strehle** berichtet **Frau Hansbauer**, dass hauptamtlich 10 Kräfte beim Familienpflegewerk angestellt seien, und zwar 7 ausgebildete Kräfte und 3 Helferinnen. Daneben gebe es viele gut qualifizierte ehrenamtliche Mitarbeiterinnen.

TOP 5 Seuchenschutz; Aktuelle Informationen aus dem Staatlichen Gesundheitsamt Referent: Dr. Helmut Hübsch, Leiter des Staatlichen Gesundheitsamtes

Herr Dr. Hübsch informiert die Anwesenden über die FSME-Situation in Deutschland sowie über die aktuelle Lage bei der neuen Grippe (Schweinegrippe). Nähere Informationen dazu können der beiliegenden Anlage entnommen werden.

TOP 6 Verschiedenes

Herr Falkenhein informiert die Anwesenden auf Anregung des Sportbeirats über die Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“, die in diesem Jahr zum 8. Mal stattfindet. Hierbei handle es sich um eine Kooperationsaktion des ADFC und der AOK, die sich an Arbeitgeber wendet, die wiederum ihre Mitarbeiter animieren sollen, auf dem Weg zur Arbeit ihr Fahrrad zu benutzen. Aktuelle Studien aus den Niederlanden belegen, dass Mitarbeiter, die regelmäßig Rad fahren, im Schnitt mindestens einen Fehltag weniger haben. Herr Falkenhein bittet darum, die vor dem Sitzungssaal ausgelegten Flyer und Plakate mitzunehmen und in den Gemeinden sowie in Betrieben Werbung für diese Aktion zu machen.

Von **Herrn Gerhardt** wird anschließend auf Anregung von Landrat Sailer das Standortinformationssystem Bayern (SISBY) thematisiert. Überörtliche und internationale Standortanfragen, aber auch Anfragen über das Bayer. Wirtschaftsministerium, werden insbesondere über dieses System abgerufen. Die Vielzahl der Gemeinden arbeite hieran mit. Nun gebe es eine Veränderung dahingehend, dass verschiedene Möglichkeiten der Programmpflege angeboten werden. Zum einen können Änderungen/Ergänzungen wie bisher an Frau Gärtner von der IHK weiter gegeben werden. Seit kurzer Zeit sei es aber auch möglich, die Einträge in diesem System selbst zu pflegen, wenn man kurzfristig auf Veränderungen reagieren wolle. In diesem Fall müsste ein entsprechender Antrag bei der IHK gestellt werden. Die dritte Möglichkeit bestehe darin, dass der Landkreis für die Gemeinden tätig werde. Dazu wäre es nötig, dass die Gemeinden dem Landkreis die notwendigen Daten liefern und eine schriftliche Erklärung abgeben, dass der Landkreis künftig für sie in diesem Bereich tätig werden solle. Der Landkreis werde dann alles Weitere in die Wege leiten.

Frau Koppe informiert über die Bitte des Landkreises Günzburg, ein Merkblatt an die Gemeinden im Landkreis Augsburg herauszugeben, welches Maßnahmen für den Fall enthält, dass Rechtsextreme versuchen, in einer Gemeinde ein Objekt zu erwerben. Zeichne sich etwas in diese Richtung ab, dann sollten die Gemeinden auf den Landkreis zukommen. Daneben biete auch das Landesamt für Verfassungsschutz eine Beratung an.

Bgm. Klaußner teilt abschließend noch aktuell anstehende Termine mit, u. a. verweist er auf die voraussichtlich am 6. Juli stattfindende Kreisverbandsversammlung, bei der das wichtige Thema Doppik auf der Tagesordnung stehen werde. Dazu sollen auch die jeweiligen Sachbearbeiter der Gemeinden eingeladen werden.

TOP 7 Wünsche und Anfragen

- keine -

Stellvertreter des Landrats Strehle bedankt sich bei den Anwesenden für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Max Strehle
Stellvertreter des Landrats

Ulla Berger
Verw.Angestellte